

Der Bürgermeister sprach ein paar einleitende Worte zu diesem Tagesordnungspunkt. Er wies auf seine Ausführungen in der schriftlichen Haushaltsrede sowie auf die ausführlichen Erläuterungen des Kämmerers hin, die er an dieser Stelle nicht alle wiederholen wollte. Er betonte erneut, wie schwer ihnen als Verwaltung die Aufstellung dieses Nachtragshaushaltes gefallen sei. Die Erhöhung der Grundsteuer B treffe alle und sie komme zur Unzeit. Denn viele Personen in der Stadt hätten gerade in den letzten Monaten herbe finanzielle Einbußen erlitten. Gleichzeitig wären die Alternativen zu diesem Schritt noch schlimmer. Denn ein Haushaltsausgleich in 2022 könnte eine noch deutlich größere Belastung bedeuten und ohne Ausgleich drohe das Horrorszenario eines Nothaushaltes.

Er sei der Verwaltung und der Politik sehr dankbar, dass sich in den vielen intensiven Gesprächen und Debatten dieser Konsens abgezeichnet habe. Alle würden Sie darum ringen, was das Beste für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger sei.

Die Fraktionen haben sich gemeinsam darauf verständigt, dass keine Haushaltsreden gehalten werden, sondern jede Fraktion nur ein kurzes Statement zum vorliegenden Nachtragshaushalt abgibt.

Herr Lienesch betonte, wie schwer es seiner Fraktion gefallen sei, die Entscheidung zu treffen, diesem Nachtragshaushalt und damit einer Erhöhung der Grundsteuer zuzustimmen. Es sei aber leider eine absolute Notwendigkeit, denn die Alternativen dazu wären noch bedeutend schlechter. Er bedankte sich bei der Verwaltung und den anderen Fraktionen für die konstruktiven Beratungen. Im Rahmen dessen hätten die Fraktionen die Möglichkeit gehabt, Akzente zu setzen. Für seine Fraktion sei beispielsweise der Antrag zur Beschaffung von Gigacubes und Notebookwagen für die Schulen sehr wichtig gewesen, um die Corona-bedingten Einschränkungen abzumildern. Im gestrigen Finanzausschuss hätten alle Fraktionen gemeinsam und einstimmig die Beschlussempfehlung für den Rat beschlossen, dem vorliegenden Nachtragshaushalt mit den berücksichtigten Änderungsanträgen der Fraktionen zuzustimmen. Diese Entscheidung sei ihnen nicht leicht gefallen, aber der Bürgermeister und der Kämmerer hätten ihnen die möglichen Folgen aufgezeigt, wenn sie diese Entscheidung nicht treffen würden und diese würden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt voraussichtlich bedeutend härter treffen. Es sei auch ein gutes politisches Signal in dieser Krise, hier gemeinsam diese Entscheidung zu treffen.

Herr Knülle sagte, dass diese Nachrichten aus dem Rathaus sicherlich keine guten seien, aber die Corona-Pandemie treffe auch die Stadt Sankt Augustin mit voller Wucht. Sie hätten in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses noch sehr stark gerungen, aber diese Steuererhöhungen seien leider alternativlos gewesen. Die Fraktionen SPD, Grüne und FDP hätten noch versucht, die Steuererhöhungen abzumildern, aber die appellierenden Worte des Kämmerers hätten nochmal deutlich gezeigt, in welcher Situation die Stadt Sankt Augustin sei und dass es leider keine Spielräume mehr gebe. Deswegen würden sie auch dieser Steuererhöhung zustimmen, weil sie der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet seien, auch wenn es sie in diesem Falle belaste. Vieles könne der Rat vorgeben, aber vieles sei nur durch die Verwaltungsspitze zu verbessern, insbesondere das, was das effiziente und sparsame Handeln der Verwaltung betreffe. Sie müssten sich als Politik mit der Verwaltung in diesem Jahr genau anschauen, wie sie die Bürgerinnen und Bürger insgesamt belasten

würden, denn die Bürgerinnen und Bürger würden nicht nur durch die Steuerhöhungen mehr belastet. Eintrittspreise, Gebühren und vieles andere mehr würden die Bevölkerung belasten. Die Belastungen müssten geprüft werden, um zu vermeiden, dass sie weiter ansteigen, bestenfalls, dass sie gesenkt werden können. Eine Steuererhöhung sei auf lange Sicht nur akzeptabel, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch eine Verbesserung der Leistungen spüren würden. Die SPD-Fraktion hätte beispielsweise in diesem Nachtragshaushalt einen Akzent durch weitere Investitionen in die Spielplätze gesetzt, damit für die vielen Familien, die in diesem Sommer nicht verreisen können oder wollen, dort etwas verbessert werden kann. Dies sei diesmal nicht der Tag der guten Nachrichten aus dem Rathaus, aber sie würden das solidarisch gemeinsam tragen. Er hoffe sehr auf das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, die dann auch irgendwann sehen würden, dass dies die einzig richtige Entscheidung für die Stadt gewesen sei.

Herr Metz bekräftigte, dass die Entscheidung zu diesem Nachtragshaushalt auch der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sehr schwer gefallen sei. Insbesondere die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B sei sehr unpopulär. Mit einer Grundsteuererhöhung hätte man natürlich die Tendenz, dass Personen, die wertvolles Grundeigentum besitzen auch entsprechend mehr zahlen als Mieterinnen und Mieter in einem Mehrfamilienhaus. Sie würden sich im Rhein-Sieg-Kreis mit den Hebesätzen zwar jetzt im oberen Bereich bewegen, aber sie wären keineswegs ein Ausreißer nach oben sondern in einem vergleichbaren Korridor mit benachbarten Kommunen. Sie hätten in der gestrigen Finanzausschusssitzung noch um diese Erhebung gerungen, würden aber jetzt den Argumenten des Bürgermeisters und des Kämmersers vollumfänglich folgen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten. Denn sie müssten handeln. Eine Stadt, die nicht handeln könnte, wäre der absolute Alptraum. Er denke dabei an Kitausbau, Schulausbau, das notwendige Vorantreiben der Digitalisierung, gleichzeitig den Ausbau der nachhaltigen Mobilität, aber auch Klimaschutz. Im Nachtragshaushalt hätten sie dazu noch einen Antrag einbringen können, zumindest planerisch das Ziel der Klimaneutralität in 2035 anzugehen. Für diese Maßnahmen und andere notwendige Dinge in der Verwaltung würden gleichzeitig zusätzliche Personalstellen eingerichtet. Mehrbedarf sei schnell angemeldet und die Politik sei bei guter Begründung auch bereit diesem Personalmehrbedarf zu folgen. Sie würden aber gleichzeitig Vorschläge der Verwaltung erwarten, wo gespart bzw. Prioritäten gesetzt werden können. Gleichzeitig sei auch klar, dass ohne eine auskömmliche Finanzierung von Bund und Land, die Kommunen, insbesondere auch in NRW, keine Chance hätten, das alles vor Ort zu tun, um die Kommune zukunftsfähig zu machen. Seine Fraktion danke auch der Verwaltung, dass sie sich als Politik gut informiert gefühlt hätten und diese Entscheidung, so schwer sie auch falle, fundiert treffen könnten. Ausdrücklich danke er auch allen beteiligten Fraktionen für gute, faire und sachliche Beratungen dieses Nachtragshaushaltes.

Frau Jung bemerkte, dass ihre Vorredner schon einiges dazu gesagt hätten. Die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen hätte auch sie gefreut. Sie alle hätten durch die gute Idee, bereits 2021 aus dem Haushaltssicherungskonzept aussteigen zu wollen, für die nächsten Jahre noch mal ein wenig Licht am Horizont gesehen. Kosten, durch Beschlüsse oberhalb der kommunalen Ebene, die auf die Stadt zurückfallen und die Pandemie hätten die Stadt Sankt Augustin in eine schwierige Situation gebracht. Mit

Sicherheit hätten sie auch in den nächsten Jahren sinkende Steuereinnahmen zu verzeichnen, denn die Folgen der Pandemie würden sich dann voraussichtlich massiv zeigen. Dennoch sei sie froh, dass über alle Fraktionen hinweg in diesem Haushalt Akzente gesetzt werden konnten. Die Erhöhung der Grundsteuer B sei sicherlich nicht schön, aber sie schließe sich da den Ausführungen von Herrn Metz an, dass sich diese Erhöhung eigentlich noch in einem erträglichen Bereich bewege. Sie wies darauf hin, dass der Fokus ihrer Fraktion immer schon sehr genau u.a. auf dem Stellenplan, den Stellenbesetzungen und dem effizienten Verwaltungshandeln lag. Dies würden sie zukünftig auch so fortsetzen. Sie glaube, dass sie in Herrn Dr. Leitterstorf da auch einen guten Partner gefunden hätten. Sie bedankte sich in diesem Zusammenhang bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und die kompetente Beantwortung der gestellten Nachfragen und bei den Ratskolleginnen und -kollegen für die konstruktiven Beratungen.

Herr Köhler erklärte, dass er Wiederholungen weitestgehend vermeiden möchte und sich deshalb sehr kurz fassen würde. Es gebühre großer Dank denjenigen, die ihnen in dieser schwierigen Zeit diesen Weg aufgezeigt hätten, der das Ziel habe, die Stadt handlungsfähig zu halten und zu vermeiden, dass sie von externer Seite aus am finanziellen Zügel geführt würden. Diesem Weg würden sie auch aus vollem Herzen zustimmen, obwohl sie leider die Grundsteuer B dafür erhöhen müssten. Aber sie sollten nie aus dem Auge verlieren, dass grundsätzlich Steuersenkungen auch nicht undenkbar sein dürften, wenn sie mal in diese Lage kämen.